

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Lust  
der Frauen- und Jugendzeitung einfache. Dringerleben monatlich 80 Pf.  
in die Post bezogen vierzehn. Nr. 275, unter Vertrag für Deutschland und  
Österreich W. 5.— Erhältlich tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Brüderstraße 21, II. Telefon 8465.  
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
Spedition: Brüderstraße 21. Telefon 1789.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die eingehaltenen Zeitzeiten mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger  
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsangebote 20 Pf. Inserate müssen  
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Redaktion abgegeben sein und sind im  
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 245.

Dresden, Mittwoch den 21. Oktober 1908.

19. Jahrg.

## Wahlrechtsankündigung der preußischen Thronrede.

Nummer ist freilich in der Thronrede des Königs von  
Preußen die Notwendigkeit der Wahlrechtsreform zugestanden.

Vor nicht langem noch galt das preußische Wahlrecht  
als ein roher demokratisches (eherne Hals), an dem  
man nicht rütteln durfte. Und die junkerlichen Konkurrenz, die  
sich auf Grund des elendesten aller Wahlrechtsreformen den Landes-  
beherrschenden, erklärten sich schroff gegen jede Möglichkeit einer  
Austauschung ihres höchsten Heiligstums. Noch jüngst wollte die  
soziale Presse es nicht glauben, daß die Thronrede die Wahl-  
rechtsfrage behandelte und eine Reform in Aussicht stellen würde.  
Vollzog sich nun der Wunscherfüllung das Wort gelten: Quislibet non movere,  
ut nubes nullus manum non in Bewegung lege. Über der  
Wahlrechtskampf des Volkes, der unter Führung der Sozial-  
demokratie ausbrach, hat das anscheinend so unerschütterlich sichere  
Hütten und in Bewegung gebracht. Die Thronrede muß der Gewalt die Wirklichkeit Rechnung tragen und es  
ist als ein geschichtlich bedeutsames Moment anzusehen, daß  
König von Preußen die neue Gesetzgebungskraft mit den  
Augen öffnet: Es ist mein Wille, daß die Vorschriften  
das Wahlrecht eine organische Fortentwicklung erfahren . . . ;  
ebenso darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart,  
die sozialdemokratischen Wahlrechtsämpfer  
Genugtuung erfüllen, daß sie schon längst diese  
eigene Aufgabe der Gegenwart erkannt und für sie Opfer ge-  
tötet haben, während noch die Staatsräte, die Ratgeber des  
Königs von Preußen nicht von dieser wichtigsten Aufgabe wussten,  
sahen sich ihrer Wahlrechtsreform aus, beständig wissenden,  
Geschichte lädt ihrer nicht spotten, sie beginnt schließlich  
den reaktionären Unverstand und den dreistesten junkerlichen  
erstand.

Wenn also die Ankündigung der preußischen Thronrede einen  
erstenswertem Erfolg unseres sozialdemokratischen Wahlrechts-  
kampfes bringt, so sind wir doch sehr weit davon ent-  
fernt, die neue Situation etwa rosig zu be-  
achten und zu übersehen. Gang im Gegenteil! Der Wort-  
inhalt der Thronrede ist offenbar darauf berechnet, Ausköpfiges mög-  
lich zu verhindern und dem bürgerlichen Freismut für keine Steuer-  
erhebung möglich im Reiche Freiheit zu schaffen; gleichwohl  
ist dieser Wortlaut nicht nur keinerlei Garantie dafür, daß an  
die des verrosteten Wahlrechts ein wirklich gutes treten soll,  
mehr eröffnet er die bestimmte Aussicht, daß auch in Preußen  
wirliche Wahlrechtsreformen unterkommen werden sollen,  
wie sie in Sachsen erlebt haben und gegenwärtig mit Schreden  
sind.

Im Grunde liegt die Thronrede auch nichts anderes, als  
daß Fürst Bülows, der preußische Ministerpräsident, schon  
am 10. Januar dieses Jahres im Abgeordnetenhaus gesagt hat,  
die Thronrede vermeidet nur die allgemein verdeckten Wendungen,  
den sich damals der Herr v. Bülow befürchtete. Bülows sprach  
nun das Wort, daß die Übertragung des Reichstagswahlrechts  
in Preußen „dem Staatswohl nicht entsprechen würde“. Er er-  
warte, die Regierung wolle „prüfen“, wie Mängel des Klassen-  
wahlrechts besiegelt werden können, die Regierung könne aber  
die laufende Tagung des Landtags nicht weiter in Aussicht  
stellen. Derartig teils herausfordernde, teils anstößige Aus-  
führungen vermeidet die Thronrede. Die Ankündigung der Thron-  
rede klingt klar und gewisser. Das bloß unverbindliche Prüfen  
ist zur Willenserklärung geworden. Aus einigen unwitzlich hin-  
worfenden Bemerkungen, die mehr einer Absage als einer Zu-  
sicherung sind, ist das gewichtige Wort geworden, daß die Fort-  
entwicklung des Wahlrechtsvorschriften „eine der wichtigsten Auf-  
gaben der Gegenwart“ darstellt. Dies ist der Unterschied zwischen  
am 10. Januar und dem 20. Oktober. Jedoch, in der Sache  
ist dann ein wesentlicher Unterschied noch nicht gefunden worden.

Die Thronrede spricht von „umfassenden Vor-  
schriften“, die erforderlich seien, um die Aenderung des Wahl-  
rechts einzuleiten. So schlimm hat man es nicht einmal in  
den geschrieben, und es hat den Anschein, als würden die Vor-  
schriften so umfassend gehalten werden, daß Jahre vergehen  
sollen, ehe überhaupt eine Vorlage der Regierung fertig ge-  
stellt wird. Allerdings liegt die Thronrede auch, daß die Vor-  
schriften „mit allem Nachdruck“ betrieben werden sollen, aber der  
eigene Satz zeigt, daß die Regierung nicht an ein einfaches ge-  
setzes gemäßes Wahlrecht denkt, sondern an ein zaffiniert  
zusammengekettetes, zusammengefügtes,

neues Wahlrecht. Zu einem gerechten Wahlrecht würde  
es ja überhaupt keiner Vorarbeiten bedürfen.

Herner spricht die Thronrede von einer „organischen  
Fortentwicklung“. Man kennt diese Redeweise, durch die  
das allgemeine gleiche Wahlrecht als etwas angeblich „un-  
organisches“, weil plötzlich grundstürzend dargestellt werden soll,  
und man weiß, daß „organische Fortentwicklung“ nichts anderes  
bedeutet, als daß die bisherigen Privilegien der privilegierten  
Klassen weiter gehont werden sollen. Diese Absicht wird zum  
Überblick verdeutlicht durch jene Hinweise, daß die Fortentwick-  
lung des Wahlrechts „der wirtschaftlichen Entwicklung, der Aus-  
breitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie  
der Erhaltung des staatlichen Verantwortungsbewußtseins“ ent-  
sprechen soll. Es läßt sich nicht einmal sagen, ob hiermit ein  
Pluralkahlrecht in Aussicht gestellt werden soll, oder ob die  
„Fortentwicklung“ im Rahmen des jetzigen Systems für möglich  
gehalten wird, welche Frage Bülow am 10. Januar noch offen  
ließ. Ganz sicher ist, daß die beabsichtigte Wahlrechtsreform alles  
andere eher bringen soll als gleiches Recht für alle  
Staatsbürger. Nicht einmal in der Frage des geheimen  
Stimmrechts geht die Thronrede über Bülows Erklärungen  
hinaus. Bülow hatte am 10. Januar erklärt, die Regierung könne  
die Erzeugung der öffentlichen Stimmabgabe durch die geheime  
Stimme in Aussicht stellen, und die Thronrede weiß jetzt  
nichts Besseres zu vermelden!

Aber das Aussehen des künftigen preußischen Wahlrechts  
hängt nicht ab von den Machthabern der Regierung und von den  
Regierungsparteien. Ebenso wie es der Volksbewegung bereits  
gelungen ist, die Preisgabe des jetzigen Dreiklassenwahlrechts, an  
dem die herrschende Klasse so lange trocken fest-  
gehalten, durchzusetzen, so wird auch das ferne Gescheit  
dieser größten politischen Frage Preußens zum weiteren Wahl-  
rechtskampf des Volkes abhängig sein!

### Bürgerliche Pressestimmen zur Thronrede.

Berliner Tageblatt (linksfreiminn):

Man sieht die allerdings nicht sehr klare Sprache der Thron-  
rede so aufschlußreich, daß eine Form des Wahlrechts, sei es  
in Gestalt eines nach Vermögen, Alter und Bildung abgestuften  
Pluralkahlrechts, sei es lediglich durch Einführung eines Bildungs-  
zensus, in Aussicht gestellt wird.

Es ist klar, daß für den entzweibuchten Biber-  
zialismus weder das Pluralkahlrecht noch der  
Bildungszensus eine annehmbare Lösung des  
Problems bedeuten würde. Zumindest hat man endlich  
auch der König von Preußen in feierlicher Stunde und in de-  
stimmter Form die organischen Mängel des bestehenden Wahlrechts  
erkannt, ihre Beseitigung versprochen. Das ist ein Schritt auf  
dem Wege, ein Schritt vor allem, von dem es ein Zurück nicht gibt.

### Berliner Volkszeitung (demokratisch):

Rechte Andeutungen über eine organische Fortentwicklung  
des sozialen preußischen Dreiklassenwahlrechts  
schmücken die Thronrede in ihrem ersten Absatz. Und was man  
von dieser „organischen Fortentwicklung“ zu halten hat, weiß man  
genug aus der berühmten blauen Ablage Büloms an die Börsen-  
freizeitungen, als diese im Abgeordnetenhaus in ihrer bekannten  
Art Reformmeister markierten. Die traurigen Ungerechtig-  
keiten des Dreiklassenwahlrechts sollen nach Bülows Erklärungen be-  
stehen bleiben.

### Wossische Zeitung (blödfreiminn):

Wie lange ist es her, daß ein preußischer Minister des Innern  
der Forderung dieses Wahlrechts zu ändern, ein Bundes- und plattes  
Recht entgegensteht? Und jetzt bringt der Träger der Krone unter  
Verantwortlichkeit des Ministerpräsidenten seitlich den Stiel über  
das bestehende Wahlrecht und erklärt die Wahlrechtsreform für eine  
der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Vielleicht lädt sich aus  
diesen Bemerkungen mit einiger Wahrscheinlichkeit schließen, daß die  
Regierung ein Pluralkahlrecht vorschlagen beabsichtigt. Immerhin  
hat es auch damit noch gute Wege.

### Tägliche Rundschau (sozialdemokrat):

Es scheint sich damit die Melbungen zu bestätigen, wonach  
der Ende 1908 oder gar 1910 an einer Beendigung der Ermittlungen  
nicht zu denken ist. Hier wird Fürst Bülow rede und Antwort  
verlangen, die Vorarbeiten wirklich eine so außer-  
ordentlich weite Zeit, so kann der Landtag vor dem Winter 1910/11  
aber gar 1911/12 den Reformentwurf gar nicht vorgelegt erhalten;  
und da Materien von so tief einschneidender Bedeutung erachtung-  
swürdig in ein oder zwei Sessionsrunden zu erledigen sind, würde  
der neue Landtag im Jahre 1912 noch nach dem alten Wahlrecht  
gewählt werden müssen. Es ist darum eine unabsehbare  
Forderung, daß die Regierung, um sich das Vertrauen der  
Länder und der Mittelparteien zu erhalten, durch ungewi-  
stige Erklärungen diese Perspektive ver-  
störi.

### Kreuzzeitung (konservativ):

In den konserватiven Kreisen des Landes wird dieser erste Teil  
der Thronrede die erstaunliche Erfolge erreichen, zumal hier in  
bestens feierlicher Form alle die Motive gebilligt werden, die von  
demokratischer Seite für eine Wahlrechtsreform geltend ge-  
macht worden sind: die wirtschaftliche Entwicklung, die Ausbreitung  
der Bildung und das politische Verantwortungsbewußtsein der  
staatlichen Verantwortungsschichten . . .

Wie behauert es aufs zweite, daß diesen Bestrebungen nach-  
gegeben werden soll. Unter dem Ausdruck „organische Fortentwick-  
lung“ kann man zwar verstecken, daß grundsätzliche Änderungen nicht  
vorgenommen werden sollen.

beabsichtigt seien; man kann aber auch das Gegenteil annehmen. Die  
konserватive Partei befürchtet, wie sie oft ausgesprochen hat, von  
einem härteren Eingriff in die organische Einheit des Wahlrechts  
eine unaufhaltsame Entwicklung zur Demokratie hinab. Diese Sorgen  
werden von der Thronrede nicht gemildert, sondern verstärkt.

Deutsche Tageszeitung (Bund der Landwirte):  
Es war bisher in der Regel nicht üblich, Gesetzesvorlagen oder  
gesetzgebende Maßnahmen zu erwähnen, die dem Landtag für die  
bevorstehende Tagung nicht zugeboten waren. Die Thronrede hebt  
entgegen dieser Gewohnheit, mit besonderer Betonung hervor, es sei  
der Kaiserliche Wille, daß die Vorarbeiten über das Wahlrecht zum  
Dienste der Regierung eine organische Fortentwicklung erfordern. Mit diesem Kaiserlichen Willen wird man sich abzustimmen  
haben. Die Vertretung des preußischen Staates wirdheimerzeit in  
verfassungsmäßiger Form dazu Stellung nehmen...

Darin stimmen wir der Thronrede vollkommen zu, daß um-  
fassende Vorarbeiten nötig sind. Diese Vorarbeiten werden nicht über  
das Rote gebrochen und nicht durchgesetzt werden können, wenn  
auch die Regierung sie mit allem Nachdruck betreibt. Daß die be-  
gannene Tagung des Landtags mit der Wahlrechtsfrage nicht befasst  
werden wird, geht wohl unzweifelhaft aus diesem Teile der Thron-  
rede hervor.

Die freilinige Fraktionsgemeinschaft des preußischen Abgeordneten-  
hauses hat, wie das S. L. meldet, beschlossen, ihren Wahlrechtsantrag  
in derselben Weise wie in der vorigen Tagung wieder einzubringen.  
Der Antrag verlangt die Einführung des Reichstagwahlrechts für  
Preußen und die Neuordnung der Wahlbezirke auf Grund der  
letzten Volkszählungsergebnisse.

## Beamtenbefolzung und Steuervorlagen in Preußen.

\* Den größten Raum nimmt in der Thronrede die Um-  
besserung der Beamtenbefolzung und die Beschaffung der dafür  
notwendigen Mittel in Anspruch. Worum es sich im einzelnen  
handelt, zeigt die weitere Erklärungsteile, die der Finanz-  
minister Freiherr v. Reinhold in der ersten Plenarsitzung  
des Abgeordnetenhauses hält. Für die Aufbesserung der Gehälter  
der unmittelbaren Staatsbeamten sollen 60 Millionen aufgewandt  
werden, von denen jedoch über die Hälfte auf die hohen abendländisch  
gebilligten Beamten entfallen. Die Lehrer sollen aus Staats-  
mitteln 30 Millionen Mark mehr bekommen; aber dabei soll der  
Städtische Dienststabs zum Gehalt erhoben und den großen  
Kommunen, in denen die Sozialdemokratie besser für die Schule  
sorgt, verboten werden, höhere Lehrergehälter zu zahlen. Weiter  
soll der Staat den Geistlichen ein neues Geschenk von 12½ Millionen  
Mark machen. Die Kirche hat einen guten Willen und wird auch  
dieses Geschenk vertragen.

Die Kosten für diese Beamtenbefolzung sollen aufgebracht  
werden durch Erhöhung der Einkommens- und Vermögenssteuer  
und durch Einführung einer Dividendensteuer. Für das Steuer-  
jahr 1908 wird von allen noch einem Einkommen von mehr als  
7000 M. veranlagten Einkommenssteuerpflichtigen ein Steuer-  
zufluss erhoben. Der Zufluss beträgt für die vom 1. April  
1908 bis zum 31. März 1909 zu erzielende Einkommenssteuer  
in den Einkommensstufen von mehr als 7000 bis 8000 M. 10 v. H., von mehr als  
10 000 bis 20 000 M. 15 v. H., von mehr als 20 000 bis  
30 000 M. 20 v. H., von mehr als 30 000 M. 25 v. H.

Insgesamt sollen durch die neuen Steuervorlagen 65 Millionen  
Mark ausgebracht werden, eine Zappel im Vergleich zu den  
500 Millionen, die das Reich in diesem Jahre zahlt aus den  
Arbeitern und Besitzern heraustragen will. Gleichwohl hält  
es der Finanzminister für nötig, einen schwungvollen Appell an  
den Patriotismus der Reichen zu richten, damit sie diese Lasten  
auf sich nehmen. Es kröntet sie durch eine heftige Polemik gegen  
alle direkten Steuern und durch den reichsrechtlichen Nachdruck,  
daß von den gesetzten Vermögenssteuern im Preußen der ganze  
landwirtschaftliche Großgrundbesitz noch keine 6 Millionen Mark  
aufbringt. Wie lächerlich gering die Vermögenssteuer in Preußen  
noch ist, geht aus der Tatsache hervor, daß von einer Million  
Häusern nach Annahme der neuen Reform 625 M. jährlicher  
Steuern zu zahlen wären, während jetzt 500 M. von diesem  
Überflüssig dem Staat genügen.

Die Debatte über die neuen Regierungsvorlagen, die nicht  
weniger als leicht an der Zahl sind, beginnt am nächsten Montag.  
Außerdem steht die Wahl des Präsidenten auf der Tagesordnung.

Ein Antrag der sozialdemokratischen Abgeordneten, auch die  
Forderung auf Befreiung der Einkommensteuer auf die  
Tagessordnung der Landtagssitzung der nächsten Sitzung zu stellen,  
wurde von der konserватiven Mehrheit niedergelegt.

Einige Freisinnige und viele Nationalliberalen waren un-  
auslösbare genug, gegen diese notwendige Ergänzung der parlamen-  
tarischen Immunität zu votieren. Das ist echter Geist des preußischen  
Dreiklassenparlaments!

\* \* \*

### Die Befolzungserordnung.

Bei den unteren Beamten ist gegenüber den vor dem  
1. April 1907 geleisteten Sätzen eine Erhöhung sowohl der Mindest-  
wie der Höchstsätze vorgeschlagen. In den einzelnen Sätzen ist eine  
Herabsetzung des Anfangsgehalts befürchtet. In der Befolzungserordnung der  
Beamten mit gleichen Dienstverrichtungen erfolgt. Damit die  
gegenwärtigen Stelleninhaber keinen Nachteil erleiden, ist entweder  
eine Beförderung des Befolzungsdienstalters oder sind andere be-  
sondere Rahmenmaßnahmen vorgesehen. Von einigen Ausnahmen abge-  
sehen.









Termin verlunden, weil ihm daran lag, daß der neue Tarifvertrag mit der gesuchten bei R. beschäftigten Arbeitnehmerabstimmung abgeschlossen würde.

Von Interesse sind nun die Maßregeln, die Th. gegen den von seiner Firma und dem Arbeiterratshaus unterzeichneten Vertrag ergriff. Am Dezember 1907 musste ein Teil der Arbeiter infolge Maschinendefekts aussetzen. Es wurde ihnen Wiedereinführung versprochen, wenn die Maschinen in Ordnung seien. Das war am 15. Januar der Fall, aber die Arbeiter wurden nicht wieder eingestellt. Stattdessen suchte die Firma schon Anfang Januar andere Arbeiter in anderweitigen Zeitungen. Am 17. Januar fand zwischen dem Geschäftsführer Hildner und Th. ein Telephongespräch statt. Th. wollte, daß der Vertrag aufgehoben und ein neuer bis Ende Dezember gültiger geschlossen werde. Th. vertrat die Ansicht, daß der Vertrag gehalten werden müsse; die Entscheidung hierüber sollte jedoch eine Versammlung herbeiführen. Nach der Versammlung sollten die Verhandlungen über diesen Punkt wieder aufgenommen werden. Die Firma warnte diese Verhandlungen nicht ab, sondern verlangte von sämtlichen noch im Betriebe beschäftigten Arbeitern, einen Revers zu unterschreiben, wonach sie mit der Rendierung des Tarifvertrags einverstanden seien. Der Vertrag sollte bis Ende Dezember laufen. Gleichzeitig wurde gesagt, wer nicht unterschreibe, bekomme keine Feierabend. Einmütig verweigerten die Arbeiter und Arbeiterrinnen die Unterschrift. Darauf wurde die ganze Arbeiterschaft ausgesperrt und diejenigen, die bis dahin ausgesetzt hatten, nicht wieder eingestellt. Die Aussperrung dauerte 13 volle Wochen. Die Firma machte große Anstrengungen, Arbeitswillige herbeizufassen. Die Firma versuchte auch die öffentliche Meinung durch ein Eingesandt in der Elbtal-Abendpost zu bearbeiten, worin die Tatsachen getadzt auf den Kopf gestellt und die Arbeiters als die Tarifuntreuen und Angreifer hingestellt wurden. Auf eine gebarnische Entgegnung Th.s, worin dieser die Unwahrheiten der Firma anwiegelte, verhielt sich die letztere mäuschentill. Th. verlegte nun ein an die dortige Einwohnerschaft gerichtetes Flugblatt „Zur Auflösung“. Gleichzeitig wurde ein ähnliches Flugblatt zur Verteilung an die Arbeitswilligen verfaßt, weil anders nicht an sie heranzukommen war. Dieses Flugblatt erschien auch in polnischer Sprache. Alle drei Flugblätter waren von Th. als Verleger aufgeführt. Herr Höhne führte sich durch die darin enthaltenen

gezeichnet. Herr Nobold führe sich durch die darin enthaltenen Ausdrücke und Anklagen wie: Tarifvertragsbruch, idwindelhafte Angaben, brutaler Herrenstandpunkt, brutale Gewalt, unverschämte Lüge usw. beleidigt. Th. trat den Wahrheitstheorem für seine Behauptungen an. R. rechtfertigte sein Vorgehen damit, daß Th. die frühere Ruhe in seinem Betrieb durch die Organisation „zerstört“ habe. Aus diesem Grunde habe er Th. zu sich bestellt, um einen Tarif abzuschließen. Die Verhandlungen habe dann Röder in seinem Namen wieder aufgenommen. Mit dem zustandegekommenen Tarifvertrag sei er nicht einverstanden gewesen. Thiemig erklärte, die Organisation sei dadurch zustande gekommen, daß R. drohte, die Arbeiter zu entlassen. Ebenso unwahr sei das angebliche Wehraufsädtreiben vor Arbeitsleistung. Unwahr sei ferner, daß die Arbeiter in den Tausendpreis nicht eingewilligt hätten. Nur daran, daß R. zu wenig dafür zahlen wollte, sei die Einführung dieser Berechnungsmethode gescheitert.

Die vonfangreiche Zeugenvorlesung bestätigt die Richtigkeit der von Th. gegen die Firmen erheblichen Vorwürfe. Es wird z. B. festgestellt, daß N. einige Arbeiter durch Weihnachtsgeschenke veranlassen wollte, der Organisation den Rücken zu kehren, ohne daß er damit Glück hatte. Weiter, daß von einem angeblichen "Betrag" keine Rode sein kann und daß die Arbeiter entlassen wurden, weil sie sich weigerten, den Revers zu unterschreiben. Der Siegelmeyer Gottschalk jügte unter Eid aus, daß N. ihm Auftrag erteilt habe, den Arbeitern die Entlassung anzudrohen für den Fall, daß sie den Revers nicht unterschrieben.

drohen für den Fall, daß sie den Revers nicht unterschrieben.  
Der Anfeindanwalt würdigte im ganzen objektiv das Ergebnis der Beweisaufnahme, kam aber zu der Schlüsseleingestellung, daß der Wahrscheinlichkeitsbeweis nicht erbracht ist. Der Schluß des § 193 steht dem Angeklagten aber zweifellos zur Seite; die Absicht der Bekleidung liege jedoch vor. Er beantragte eine gelinde Gefangenenschaft (!), weil der Angeklagte die Geldstrafe doch nicht bezahle. Im übrigen habe die Beweisaufnahme ergeben, daß das Vorgehen R.s nicht einwandfrei gewesen sei. — Nachdrücklich betonte, daß von den inframißierten Sicherungen nur noch „schwindelhafte Angaben“ und „unverschämte Lüge“ als eigentliche Bekleidungen übrig blieben. Tatsächlich habe R. in dem Kampfe mit Unwahrheiten operiert, dafür sei der Wahrscheinlichkeitsbeweis flipp und klar erbracht. Das Verhalten R.s bei dem Revers ginge nahe an Rötigung. Wenn man bedenke, daß R. erst alles abgeseugt hatte, was dann beobachtet wurde, so misse man den Angeklagten mehr Blödenfahnen als ihm. Er beantworte Kreisprädiktion, in zweiter Linie höchstens eine Geldstrafe.

Das Urteil lautete auf 100 Mark Geldstrafe wegen Bekleidung in einem Halle und Publikationsbefreiung. Der Wahrheitsbeweis sei nicht gelungen. (11) Obwohl die Geschichte mit dem Reverz sein einwandfreies Mittel sei, so liege doch kein Täterschutz vor. (11) R. habe damit „nur“ einen neuen Vertrag schaffen wollen. Gernet sei in seiner Weise bewiesen, daß R. schwundelhafte Angaben gemacht habe. Die Haftabrechnung der Löhne sei „durch die Konjunktur bestimmt“ gewesen. Die „Sucht hausbewahrung“ der Arbeitswilligen sei nötig gewesen. (11) Dem Angeklagten habe wohl § 193 zur Seite, aber die Absicht der Bekleidung lasse vor.

**Rezension überflüssig**

---

Remember

Vorwinter.  
Vorige Woche noch Frühlingssonnenglanz und Sommerwärme, die die Menschen weit hinaus ins Freie lockten und wohlige Gefühle der Behaglichkeit vermittelten — heute 5 Grad unter Null! Das Wetter des ganzen selnem Ende entgegenesellender Jahres 1908 scheint sich treu bleiben zu wollen bis zum Schluß. Es war von Anfang an extrem und unberechenbar. Wenn es warm sein sollte, war es fast und umgekehrt. Die Abnormalitäten der Witterung dieses Jahres haben manches Menschlein zur Verzweiflung gebracht. Der Oktober steht allem die Krone auf. Sogar Boden feinen Tropfen Regen, die Pflanzen verdürsten, die Landwirte sind in grösster Sorge um ihre Blüten, und nur auch noch innerhalb weniger Tage einen Temperatursturz von 25 bis 30 Grad! Im Handumdrehen müsste der leichte Sommerangus mit dem Winterübergreber vertauscht werden, aber die Käthlenhändler reiben sich vergnügt die Hände. Das war läng nicht so, daß man um die Mitte des Oktobers keine Schlitze schließen kann, daß Schneeklaut behend die Hand bedrängt und selbst den abgehäuteten Menschen

angenehmes Fröhseln überlommt. Neben den Kohlenhändlern werden nun auch die Tampsbadebesitzer und die Schnupfenwettseftrillanten gute Geschäfte machen, denn nur eine recht gute Natur hält sich bei solchen Witterungsveränderungen von Höhe zur Kälte seinen Natarh. — Auch die Tiere sind überaus froh. Der harzgefüllte Boden gibt plötzlich kein Futter mehr: erstaunt und enttäuscht streben die Vögellein den Fenstern der Wohnungen zu, um die Simse nach Nahrung abzusuchen, an die Güte der Menschen appellierend. Nur der Schneet fehlt noch, sonst wären wir Mitte Herbst im schönsten (oder auch bösesten) Winter. Wenn das jetzt schon so fort geht, wird die Länge des kommenden Winters nichts zu wünschen übrig lassen. —

Von der Wertzuwachssteuer.

Die organisierten Hausesitzer führten auf ihrem Verbandstage in Königsberg einen erbitterten Kampf gegen die Wertzuwachssteuer. Noch Antwort darauf hat der dortige Magistrat im August die Einführung der verhaschten Steuer beschlossen. Stein Wunder, denn nach Ausstellungen des Königsberger Magistrats betrug der unverdiente Wertzuwachs dort im Jahre 1906 6 Millionen, 1907 5 Millionen Mark. Es liegen Verkaufspreise vor von 14 000 M. bei einem Erwerbspreise von 7000 M. vier Tage vorher, 6400 M. bei einem Erwerbspreise von 2000 M. am selben Tage, von 33 500 M. bei einem Erwerbspreise von 24 000 M. im Jahre 1906. In Malthof ist ein Grundstück für 36 000 M. verkauft bei einem Erwerbspreise von 18 890 M. im Jahre 1906, ein anderes für rund 28 000 M. bei einem Erwerbspreise von 17 000 M. im Jahre 1898. Auf den Hufen ist ein Grundstück für 13 800 M. verkauft bei einem Erwerbspreise von rund 7500 M. kaum sieben Monate vorher, ein anderes für 37 500 M. bei einem Erwerbspreise von 25 300 M. einen Monat vorher, ein anderes für 28 000 M. bei einem Erwerbspreise von 11 632 M. im Jahre 1906. Ausdrücklich hebt der Magistrat hervor, daß damit keineswegs alle größeren Gewinne zusammengestellt, sondern nur einzelne Beispiele angeführt sind. Und angesichts solcher Gewinne erklären die Herren Grundbesitzer, daß sie "notleidend" seien und die Wertzuwachssteuer, die nur in sehr bescheidenem Maße diese Gewinne besteuern will, ablehnen müssten.

## Schulpflege in den Volksschulen.

sse. Immer noch zögern viele Gemeinde- resp. Schulverwaltungen damit, die Zahnpflege einzuführen, und doch lassen sich, wie die Zeitschrift für Gesundheitspflege mitteilt auf seinem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege mit verhältnismäßig geringen Mitteln so durchschlagende Erfolge erzielen wie auf dem der Zahnpflege in den Volksschulen. Straßburg ist unzweifelhaft nadgewiesen worden, daß durch die Zahnpflege in den Schulen die Gesundheit der Kinder sich gehoben hat, daß die Zahnpflege in den Schulen ein Hilfsmittel zur Verhütung von Infektionskrankheiten und zur Bekämpfung der Tuberkulose ist. Dort sind alle Volksschulkind der Stadt und ihrer Vororte zur unentgeltlichen Behandlung berechtigt. Es waren dies im Jahre 1907: 4371 Kleinkinderschüler und 14 763 Volksschüler, zusammen also 19 134 Kinder. Die Zahl der von den Zahnärzten behandelten Kinder ist sehr groß. Es wurden

			ausgeführt
	Kinder behandelt	Fällungen	Extraktionen
1902	2666	699	2912
1903	4967	4832	6380
1904	6828	7065	7985
1905	7491	8340	8552
1906	5848	7476	7134
Sammlungen	27 801	28 412	33 113
Die Kosten waren über relativ gering; sie betragen:			
1902            1903            1904            1905            1906			
300 M.    2750 M.    5430 M.    6700 M.    8550 M.			
Der Etat für das Jahr 1907 sieht sich wie folgt aus:			
Reinigungsstoffen		650 M.	
Instrumente		300 "	
Füllungsmaterial und Arzneien		650 "	
Bureauosten		160 "	
Heizung, Beleuchtung usw.		350 "	
Zahnbursten für arme Kinder		125 "	
Verdienstes		165 "	

2 Assistentinnen	5900	"
1 Diener	700	"
	Zusammen	9000 M.

Für 1908 sind 10 000 M. vorgesehen. Die zahnärztliche Behandlung der Volksschulkindern wird also, wie die Erfahrung bestätigt, in einer größeren Stadt nicht mehr als eine Mar pro Jahr und Kind kosten. Dieser Ausgabe gegenüber steht ein so großer Erfolg, daß keine Stadt zögern sollte, die Zahnpflege in den Volksschulen einzuführen. — Zu Dresden findet gegenwärtig Unterricht dazu vorbereitend

Zur Bekämpfung des Rennenshalters waren von den städtischen Kollegien 3000 M. bewilligt worden. Zur Abschaltung der Schädlinge sind die öffentlichen Straßenbogenlampen auf der Albertbrücke und dem Kaiser-Wilhelms-Platz ohne Glocken je nach der Witterung bis morgens gebrannt und es ist auf den Aussichtstürmen des Grundstücks der Waldschlößchenbrauerei eine Fangvorrichtung, bestehend aus vier Bogenlampen, zwei Scheinwerfern und einem Elektromotor mit Exhauster eingerickeitet und vom 6. August ab bis Ende des Monats in Betrieb genommen worden. Diese Maßnahmen haben sich bewährt, es haben große Mengen Rennenshalter vernichtet werden können, wie in der letzten Zeit zu vernehmen war.

**Ein Zusammenstoß** eines Postwagens mit einem Straßenbahnwagen erfolgte auf der Marienstraße. Der Straßenbahnwagen wurde stark beschädigt und ein Baum umgebrochen. Menschen aber nicht verletzt.

**Vermischte Nachrichten.** Der Rat bewilligte für die durch Wollenbruch geschädigten Gemeinden Carlshöld, Steinbach und Wildenthal 1000 M. — Auf die erneute Eingabe der Handelskammer Dresden wegen Errichtung eines neuen Postamtes in der Johannstadt an der Blasewitzer Straße hat die Oberpostdirektion Dresden einen ausführlich begründeten, abermals ablehnenden Bescheid erteilt. — In einem kleinen Zigarettengeschäft entdeckte man, daß neue Schachteln Zigaretten gestohlen worden waren. Kurz darauf wurde der Dieb erwischt. Ein im Geschäftsladen anwesender Laufbursche hatte bemerkt, daß ein eben heretelingelassener junger Mensch eine Schachtel Zigaretten eingesteckt habe. Gleich darauf wurden noch zwei solche ingendiße Diebe, die die ersten irgendwischen verraten hatte, festgenommen. Die Polizei fand dadurch einen Diebes- und Einbrecherbande, die außerdem vielen hiesigen Einbrüchen und Sizikereien beteiligt ist.

**Obdachlosenamt**

Der Maschinenfirma habe aus Dresden kurz vor dem 10. März 1907 mit dem Notarzteinsatz in den ersten kleinen Anfall ge-  
hoben; es trat Blutvergiftung ein, und bald darauf wurde der Mann  
herzleidend. Der behandelnde Arzt, Dr. Reinhardt, sprach von  
die Herzkrankheit als Unfallfolge, indem er die Angabe voran brachte,  
die Blutvergiftung zu einer Herzaffektion geführt habe. Tatsäch-  
lich 3. vom 27. April bis 31. Mai 1907 im Krankenhaus zu  
Görlitz aufgehalten hatte, erst dann konnte Dr. Reinhardt in  
abgedrehten und stehengelassenen Zustand den Unfall zurück-  
fertigen. Dr. Pelsen, der leitende Arztshausarzt vom Hotel zu-  
hause, führte das Herzleiden nicht auf den Unfall zurück. Zu  
Sächsisch-thüringische Eisen- und Stahlwerkegesellschaft stand  
dem Verletzten nur für kurze Zeit die Vollrente, dann begann je-  
weitere Entschädigung zu gewähren, weil aus Sanitätsamt Dr. Zadek  
in Dresden (§. war im Oktober 1907 in die Arbeitslosigkeit ent-  
gezwungen worden) einen Zusammenhang zwischen Unfall und Herz-  
leiden verneinte und der Ansicht anneigte, dass der Verdacht einer  
Überanstrengung herzkrank geworden sei. Weiterhin Dr. Reinhardts  
samt wiedere zu einem anderen Arbeitgeber. Er sieht die Ursachen in  
Reinhärtlers für richtig, doch Anfeindung keine vom Jungen durch den  
Blutlauf nach dem Herzen gelangt seien. Dr. Lützow betont dies  
auf seinem Standpunkt. Woerl weichte seine Behauptung, im Ge-  
leiszen, der gegen den Einstellungsbescheid der Berufsgenossenschaft  
Verfügung eingelegt hatte, schon vor dem Unfall gegen Reinhärtler  
behandelt zu haben, geben jedoch die Möglichkeit einer Verschleierung  
des Leidens durch den Unfall zu. Die Berufsgenossenschaft  
lehnte eine Rentengewährung ab, wurde aber verurteilt, der  
Älterer bis zum 25. November 1907 die Vollrente, von da ab bis zum  
15. Januar 1908 eine Rente von 60 Prozent und von jenseits des  
punktes ab eine solche von 40 Prozent zu gewähren. Das Gericht hat  
sich den Gutachten Dr. Reinhärtlers und Scheinmuss Hoffmanns  
angeflossen und hinzugefügt, die frühere Herzkrankung sei so-  
vöser Art gewesen, jetzt handle es sich um eine durch den Unfall  
hervergerufene organische Erkrankung des Herzens.

Aus der Umgebung

**Rödowit.** Heute Mittwoch, abends 7 Uhr, findet in Saale des Rathauses eine öffentliche Gemeinderatssitzung statt. Die Tagesordnung ist durch Aushang bekannt gemacht.  
**Rödowit.** Heute Mittwoch, abends 7 Uhr, findet in kleinen Saale des Gasthauses zu Ober-Rödowit öffentliche Gemeinderatssitzung statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung

memoraturthung hatt. Wegen der wichtigen Logeirtheit machen wir ganz besonder<sup>s</sup> darauf aufmerksam.

Somsdorf. Den Somsdorfer Güsteburgern geht es nicht recht schlecht. Bis vor zwei Jahren waren es die Güste

recht sah. Bis vor zwei Jahren waren es die Gommendorfer, die ihnen fortgehegt ihre Vorrechte in der Gemeindeverwaltung schmälern wollten. Diese Gommendorfer hat zu glücklich abgewimmelt und nun kommen die Hauseigener in Or und verlangen auf Grund des § 30 der revidierten Landgemeindeordnung eine gerechte Vertretung im Gemeinderat. Sie eigentlich vorausgesahen war, blieb ihre deshalb eigentliche Petition unberücksichtigt. Einige der Hauseigener beruhigen si aber dabei nicht, sondern wandten sich brüderlich und zu Amtshauptmannschaft. Die hierauf ergangene Entscheidung kam zum größten Leidwesen der Herren Gutsbesitzer davonher, da die Weischaar der Häusler als beachtlich erachtet sei. Eine Verteilung der 7 Sitze der Unionsligen auf 4 für Klasse der Gutsbesitzer, bisher 5, und 3 für die Klasse der platt bischier 2, sei als angemessen zu erachten. Das Urtheil ist dementsprechend abgeändert worden. — In der letzten Gemeinderatssitzung, in der diese Entscheidung zur Kenntnis vorlag, kamen in der lebhaftesten Debatte darüber die Sätze einiger Herren über Recht und Gesetz recht drastisch zum Druck. Sie meinten, daß Gesetz, das heißt die Rechtsordnung gemeindeordnung sei überhaupt nicht richtig, wenn es möglich wäre. Auch wisse die Amtshauptmannschaft jedoch nicht, daß durch diesen Bescheid der Patriotismus in der Gefahr komme, sonst würde sie gewiß anders entschieden haben. Nach diesen und ähnlichen geistreichen Ausführungen schließlich Herr Gemeindeschreiber und Hauseigener traten Antrag, die Zahl der Vertreter der Häusler von zwei auf drei zu erhöhen, den Gutsbesitzern aber ihre fünf Vertreter zu entziehen, um die Amtshauptmannschaft in ihrem Bescheid bestätigt hatte, daß auf eine Vermehrung der Sitzes der Häusler nicht zugekommen sei. Dieser Antrag wurde auch gegen die Stimmen angenommen. Die Vertreter der Unionsligen protestierten natürlich dagegen, aber was mußte gegen solche Leute ein Prost. Sie können ja beschließen, was sie wollen, sie sind ja einigen ihrer Getreuen die Majorität. Da dieses Votum der Getreuen der Gutsbesitzer gezählt zu werden, war auch die Verteilung der Häusler eifrig bemüht. Es folgt nun, daß sie, daß den Herren Gutsbesitzern nicht zu viel Zeit gegeben und daß seine Klasse nicht erreichte, was sie erreichen lassen. Hoffentlich sorgen die Gommendorfer Hauseigener dafür, daß sie das siebte Mitglied Jahr von diesem Herrn vertreten werden. Wenn sie bei der diesjährigen Gemeinderatswahl ebenso stimmen würden, wie bei Einrechnung der oben erwähnten Vertreter, dann würden sie endlich einmal eine Vertretung bekommen, die sie angehört. Der Verhältnisse in unserer Gemeinde unterliegen.

[View Details](#)

**Gerichtszeitung**

**Militärgericht.**  
**Der Deserter.** Der Kommandeur der Landwehr jeige Landarbeiter Hermann-Löser Krochla aus Weizendorf hat eine unüberwindliche Abneigung gegen den künftigen Tod. Nicht einmal zu den Kontrollversammlungen stellt er sich, und er wurde deshalb schon bestraft. Ende Juli d. J. erhält er durch das zuständige Bezirkskommando Bittau den Befehl, bis zum Freitag einer Übung bei dem 64. Artillerie-Regiment nach Wien zu folgen. Krochla aber verduftete sündlos. Mit einer Schuhbundstreikensetzung auf die Schuppenfeste und Jahrmarkte und holte sich gleichzeitig recht durch. Erst im vorherigen Monat konnte er gelingt, sich leicht zu beschönigen. Während der Verhandlung erklärte der den Eindeutigsten schwesterlichen Flügel vor der Übung gefürchtet, daß er sich wegen einer vergessenen Karte über sieben Tage das Urteil lautete auf 3 Monate zur Haftstrafe. Zivilgerichtlich war der Mann noch untergebracht.

## Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Freigelassene Streikposten.

Als in der Fabrik von Hammelkorb in Gräfthal gestreikt wurde, der Komrat des Kreises Solingen dem Gendarmen durch Vermittlung Wachtmeisters mitteilten, daß nach Eintritt der Dunkelheit das Streikende nicht mehr zu dulden sei. Der dort dienstwürdige Gendarm ist infolgedessen am 4. Oktober 1907 den Weißschläger Hammelkorb den Arbeiter Grube, die nahe der Fabrik Streikposten haben, beim Eintritt der Dunkelheit von ihrem Standort aus. Sie gingen, lehnten aber wieder zurück. Daraus wurden sie als Grund der Polizeiverordnung des Oberpräsidenten Rheinprovinz vom 23. März 1907 in Verbindung mit § 366, 10 Strafgelebuchs vom Landgericht Überleiter zu Gefängnis verurteilt, da zur Erhaltung der Sicherheit, Ordnung und Rechtigkeit öffentlichen Verkehrs ergangenen Aufrufung nicht folgt geleistet werden. Es handelt sich um die bekannte Bestimmung aller Strafverordnungen. Das Amtsgericht hob jedoch das Urteil auf und verweist die Sache an das Landgericht zurück, das nun für die Angeklagten freisprach und entschied: Bindet sei für Landgericht der vom Amtsgericht eingetragenen Standort, da eine zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit usw. ergangene Aufrufung nur vorliege, wenn sich der Aufschlußbeamte vorher schlossen habe, die Aufrufung zu diesem Zweck ergehen zu lassen. Es trifft nicht zu, wenn er nur einer allgemeinen Anwendung des Vorgelegten folge, Streikposten während der Dunkelheit nicht zu dulden. Das Streikposten als solches kommt nicht stehen, auch nicht während der Dunkelheit. Hier steht nun daran, daß die Leute sich ganz ruhig bewegen hätten und daß der Gendarm gar nicht die Ordnung und Sicherheit des Verkehrs schützen könne. Er habe vielmehr die Leute lediglich deshalb weggeschlagen, um die Anwendung seiner vorgeschriebenen Behörde Folge zu leisten. Daraus geht sich die Freisprechung.

Die Staatsanwaltschaft legt Revision ein und macht geltend, liege doch eine Aufrufung im Sinne der Polizeiverordnung mit § 366, 10 des Strafgelebuchs vor, weil der Landgericht durch Anwendung an den Gendarmen Strafverurteilungen während der Dunkelheit habe vorbeugen wollen.

Der erste Strafgericht des Amtsgerichts, vor dem die Angeklagten durch Rechtsanwalt Blum vertreten waren, verwies die Revision Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung: Es sei festgestellt, daß die Angeklagten in keiner Weise den Verboten gefolgt hätten und daß Gendarm sie nur zum Weggehen aufgefordert habe, weil ein allgemeiner Befehl des Landgerichts vorlag. Das genüge nicht. Die genaue sachliche Prüfung des auffordernden Polizeiamts muß vorausgesetzt sein, um die Zuwendigkeit gegen eine Aufrufung gegen eine Aufrufung strafbar zu machen. Daraus geht sich die Freisprechung.

### Inland.

Der terrorisierte Bauarbeiter in Bittau.

Durch die bürgerliche Presse geht eine Terroristensage aus Bittau, die auch in Nr. 79 des Reichs-Duden der Gewerkschaften gegen die freien Gewerkschaften ausgetragen wird. Danach habe ein unorganisierter Bauarbeiter der Arbeit treten müssen, weil die Organisierten nicht mit zusammenarbeiten wollten und der Polizei des Bauwesens gegen den Terrorismus der Verbündeten ohnmächtig gegeben sei. Zu dieser Schauergeschichte hat die Bittauer Morgenzeitung, die sie querz druckte, bereits am 8. Oktober 1908 in Nr. 25 eine Rücksichtnahme des Vertrauensmannes der organisierten Maurer von Bittau veröffentlichten müssen. Diese Rücksicht des Vertrauensmannes lautet:

Der Arbeiter Neumann aus Bittau war mit dem Arbeiter Hoffmann aus Oberdorf am Bahnhof Osnabrück mit Abzug von Materialien beschäftigt; bei dieser Gelegenheit fragte letztere den Arbeiter Neumann, ob er Mitglied der Organisation sei. Als Antwort darauf führte Neumann aus: „Zuerst verfluchtete toten Vande de bringt mich niemand, er geht ich zu den Gelben.“ Neumann schimpfte in diesem weiter auf die anderen am Bau beschäftigten Arbeiter ein und sagte hinzu: „Wer mich hier aus der Arbeit bringt, den rede ich zur Anzeige bringen.“ Also der Arbeiter Neumann hat, ohne einen triftigen Grund zu haben, die dort tätigen Arbeiter beleidigt. Die bloße Frage, „ob er Mitglied der Organisation sei“, war seine Urfahrt, sich in diesem aufzutun. Wäre der Arbeiter Neumann keinen Arbeitskollegen in einer vernünftigen Art entgegengekommen, so hätte sich niemand darüber aufgeregert, aber in diesem Falle kann man es den dort beschäftigten Arbeitern nicht verdenken, um sie es ablehnen, mit einem Menschen Gemeinschaft zu halten, der sie und ihre Organisation in der gemeinsten Weise beschimpft. Unwahr ist, daß der Polizei den Arbeiter zum Verlassen der Arbeit aufgefordert hat. Der Arbeiter Neumann hat im Gegenteil selbst die Arbeit jeder abgelegt.“

Diese Rücksichtstellung ist von dem denunziationslüsternen Neumann nicht weiter bestreitet worden und konnte auch nicht stricken werden; die Bittauer Morgenzeitung aber hat sich selbst kleinlaut zu der Verurteilung verurteilt, daß durch die Darstellung die Sache freilich ein anderes Gesicht bekomme. So legt denn auch der Bittauer Fall Zeugnis ab für die Leichtfertigkeit, mit der nicht allein bürgerliche Zeitungen, sondern auch Blätter, die wie der Gewerkschaftsverein, der Arbeiter dienen wollen, den landesüblichen Terrorismuslügen Raum geben.

### Parteianlegerhelten.

Prehbeleidigungen vor dem Reichsgericht.

Genoss Heinrich Braun sollte seinerzeit in der neuen Gewerkschaft einen Anteil veröffentlicht, wegen dessen Auflage angeblicher Beleidigung Beuthener Richter erfolgte. Er erzielte jedoch Freilösung vor dem Landgericht Berlin. Dagegen setzte der Staatsanwalt Reußbach angemeldet. Dieselbe wurde aber dieserseits vom Reichsgericht verworfen.

Wegen eines in der Niederrheinischen Arbeiterzeitung veröffentlichten Artikels „Schuß vor Schwulem“ stellt Genoss Wilh. Thielkens vom Landgericht Duisburg 6 Monate fest. Auf Reußbachs Betreiben erfolgte vom Reichsgericht Verurteilung der Revision.

Der Jahresbericht des Agitationsbüros Frankfurt a. M. stellt einen Mitgliedsstand von 14 196 Genossen in den 13 sozialdemokratischen Kreisorganisationen auf, außerdem sind 900 Genossen organisiert. Im Jahre 1905 betrug die Gesamtmitgliederzahl: 6625. Im Jahre 1906 11 385, 1907 13 838. Die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevertreter im Agitationsbüro beträgt 12 Genossen.

### Die Knifer-Einsatzzeit.

Eine merkwürdige Stiefelbeschädigung führte zu einem Verjährungsprozeß gegen den Redakteur des Volksblattes in Halle, genossen Dörmig, vor der Staatsammer. Als Vorsitzender fungiert Landgerichtsdirektor Schubert, der früher in Königsberg wirkte. Elegentlich des Kniferangages in Halle hatte der Polizeipräsident Dörmig von dem Magistrat ein paar Ladendienste erhalten. Als aus dem v. Dörmischen Hause die Stiefe nach dem Kniferbeschlag, um sie zu verlaufen, wieder abgeholt wurden, passierte der Knifer Lohm die unangenehme Verwachsung, daß sie statt

der Kassieringzettel dem Boten ein Paar alte Lachstiel geb. Nach dem Verbrechens der richtigen Stiefe erhob der fröhliche Polizeikommissar Krikel, der jetzt im Charlottenburg Direktor ist, gegen v. Dörmig den Vorwurf, er habe versucht, sich die Kniferstiefe abzustiefe in nicht zulässiger Weise anzugeben. Kommissar Krikel wurde deshalb hier angeklagt und freigesprochen, weil er berechtigte Interessen wahrgenommen habe. Offiziell einer Verhandlung in Charlottenburg wurde über die Affäre im Volksblatt berichtet und die Reinigung v. Dörmigs als misslungen bezeichnet. Herr v. Dörmig bestreit, daß es sich nur um eine harmlose Verwechslung bei den Stiefeln handele und unter Beweise wurde wegen des Berichtes zu 600 R. Geldstrafe verurteilt.

Stellungnahme zu den Beschlüssen des Parteitags.  
In einer Versammlung des 15. Reichstagwahlkreises (W i d e i d a - B u r g s t ä d t) erklärte der Delegierte, Genoss Krieger-Wittweida, für die Plejaturumfrage und gegen den Vorhandenresolution gestimmt zu haben und fand das in längeren Ausführungen zu begründen. Der Vorsitzende des Kreises, Genoss Landgraf, wendete sich gegen Jüdische Stellung in der Parteidrohung und legte folgende Resolution vor:

Die Kreisparteierversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den 15. jährlichen Reichstagwahlkreis erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitags in Nürnberg einverstanden. Insbesondere gibt sie der Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission in Bezug auf die Budgetbeschließung unserer Abgeordneten in Bayern, Baden und Württemberg ihre volle Zustimmung und gibt der Entwicklung Ausdruck, daß sich alle parlamentarischen Vertreter der sozialdemokratischen Partei den Beschlüssen des Parteitags unterordnen. In der Einbringung des Antrags Krohne und Genossen erblieb die Versammlung den wohlgekommenen Versuch, eine drohende Spaltung in der Partei zu verhindern, ist aber anderseits der Überzeugung, daß auch durch Annahme dieses Antrags der Streit um die Budgetbeschließung nicht beigelegt werden wäre.

Nach längerer Diskussion, in der besonders auch für und gegen die Arbeitsdrohung am 1. Mai getroffen wurde, wurde die Resolution des Genossen Landgrafs abgelehnt, also der Standpunkt des Delegierten Genossen Krieger gebilligt.

Vom 20. Wahlkreis (Sachsen an Marienberg) wurde noch kurze Debatte einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die Parteiversammlung des 20. jährlichen Reichstagwahlkreises ist mit den Beschlüssen des Parteitags einverstanden und billigt im besonderen, daß der Delegierte für die Vorstandresolution gestimmt hat. Die Versammlung erwartet, daß die Disziplin in der Partei auf alle Fälle gewahrt wird.

### Neues aus aller Welt.

Berlin, 20. Oktober. Die Haftentlassung des Motorfährschiffes Schreiber, der an einer Stelle der Unterherrschaft der Hochbahnatastrophen beobachtet wurde, ist von der Schlusskammer des Landgerichts I abgelehnt worden. Hiergegen wurde von dem Geschworenen Befehlswende beim Strafgericht des Amtsgerichts erheben. Schreiber will beweisen, daß die Organisation des Hochbahnbetriebes eine Mitschuld an dem Unglück trage.

Auerbach, 20. Oktober. Der 15jährige Befehlsfahrt Bruno Badja aus Simbabwe wurde von der Staatsammer wegen Brudermordes zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Gelegentlich eines Schläfes hatte er seinem zwei Jahre älteren Bruder nach einem Streit mit einem ehemaligen Drabot einen Stich gegen die Stirn verlegt, daß der Tod sofort eintrat.

Reichsstadt (Saale), 20. Oktober. Der Personenzug 317 zertrümmerte peinlich abend um 9% Uhr bei der Nebenfahrt an der Negeleite in Ilmenau ein Eisenbahnwagen der Brauerei Dahn in Ilmenau. Der Bahnwagen wurde schwer verletzt, die Pferde getötet. Weiterer Schaden wurde nicht angerichtet.

Roburg, 20. Oktober. Der seit einigen Jahren im Sommer hier lebende Münchener Akademieprofessor Süttner-Müller zu Tal wurde unter dem Verdacht der Verleitung zum Meineide verhaftet und nach München übergebracht.

Hagen (Westf.), 20. Oktober. Im Prozeß gegen den Landarbeiter Franz Hesse wurde heute nachmittag das Urteil gefällt. Hesse war beschuldigt, im November 1907 die 15jährige Tochter der Witwe Hartmann aus Hagen ermordet zu haben. Er hatte das Mädchen unter dem Vorwand, ihm eine Stelle besorgen zu wollen, von der Mutter fortgelockt, vergewaltigt und ermordet. Die Angeklagte war schon einmal vor dem heiligen Schwurgericht verhört worden; Hesse hatte aber die Wiederholung des Verfahrens durchgeht, indem er behauptete, daß ihm die Beweisführung abhanden geworden sei. Das Urteil lautete wieder auf Todesstrafe und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Mannheim, 20. Oktober. In den Kreisen der oberhessischen Bürgelinde ist die Hoffnung auf Hebung der Führer des „Hegels“ der Deutschen Freiheit und Unabhängigkeit aufgegeben. Die höchste Sektion hat in einem Telegramm an den obersten einischen Verein für Luftfahrt in Stralsund keine Anteilnahme an dem durchsetzbaren Gehalt der beiden Vereinsmitglieder Hudem und geboten.

Forchheim, 20. Oktober. Vor dem Bahnhof Elmendorf entgleiste gestern abend die Maschine des Lokomotivs und kippte die Böschung hinab. Das Zugpersonal rettete sich durch Absteigen; es wurde niemand verletzt. Die Ursache des Unfalls ist Schneedebris.

Friedrichshafen, 20. Oktober. In der großen Halle in Mainz ist man sich heute morgen mit der Füllung des Zeppelin-Luftschiffes beschäftigt, um für morgen vormittag zum Aufzug bereit zu sein.

Friedrichshafen, 20. Oktober. Falls kein Urteil herrscht, findet am Donnerstag den 22. Oktober, vormittags zwischen 8 und 9 Uhr, der erste intern. heitere Künstler-Abend.

Innsbruck, 20. Oktober. Auf den südlichen Bergen des Karwendelgebirges zwischen Scharnitz und Leutasch verhinderte ein großer Waldbrand ausgedehnte Schäden. Den angezündeten Arbeiten sämtliche Feuerwehren der Umgebung gelang es, den Waldbrand nach zwei Tagen auf seinen Herd zu beschränken. Der Schaden ist sehr bedeutend.

### Eingelandt.

Bei Einladungen unter diese Maßnahmen übernehmen die Arbeitnehmer nur die vorgeschriebene Belohnung.

Bezugnehmend auf die letzte Ausgabe vom 19. Oktober, Esperanto betreffend, gestatte ich mir einige Zeilen zu erwidern. Diese enthält eine ganze Reihe von Widerprüchen. Der verhältnisvolle Einfluss tritt erst für die Weltsprache ein, einzige Zeilen weiter verzerrt er sie wieder, um sie weiter unten nochmals für gut zu bestimmen. Ich bin ebenfalls Arbeiter und „offic“ Esperantist. Aber man denkt bald das Leben unserer Zeitung, oder die gewerbliche und politische Taugkeit vernachlässigen möglichen wenn auch nicht gerade in mir. D. R. ist mir unverständlich. Der Einfluss steht sich hier selbst ein unbedenkliches Erwürgungsgrund aus. Wenn er schreibt, die Weltzeitung sei nicht dazu da, um nur in den Esperanto-Schriften hinzuzufügen, so gebe ich ihm recht, doch sollte man dann konsequenter sein, und hier fehlt es eben. Die Redaktion ist von einem Urteil gegen die Weltsprache belangen. Da ist der Einfluss sehr, D. R. Es würde zu leicht führen, wollte ich auf den Augen einer Weltsprache eingehen, nur dem Einfluss möchte ich noch erwidern, daß ich ebenfalls der bestimmten Meinung bin, daß es etwas aus der Schule herauskommen muss, und das soll eben auch die Beweisung dienen, um die Regierung dazu zu veranlassen. Großjüdische dienten den 19. Oktober 1908.

Hermann Schröder.

9. Quittung. Für die Wäschefabrik gingen beim Gewerkschafts-Partei bis 17. Oktober eins: Konfirmerung der Sammler 120. Durch Weltkriegserfolg 0.00. Bierpreis Alkapsimühle, 1. Rate, 3.—. Lustige Abhalteurs 3.—. Centralverband der Wäschefabrik und Heizer, Johanna Dresden, 10.—. Süßgeld von Sch. durch R. 5.—. Durch die Abdankung der Dresdner Volksversammlung 1.10. Wagner, Goldschmieden, 0.05. Durch Hielmann 2.—. Für Auskunftsverteilung im Arbeitssektor 2.00. Durch Hielmann 0.50. B. 0.50. Böttchermeister 0.50. Bilder quittiert: 285.31 M. Ernst Lienke.

### Victoria-Salon.

26 Waisenhausstrasse 26.

**Das grosse neue Oktober-Programm.**  
Unter anderem: „Die drei goldenen Jungfrauen.“

Anfang 8 Uhr. Sonntags 4 Uhr und 8 Uhr.

Im Tunnel: Gr. Künstler-Kabarett. Ab 8. Sonntags 5 Uhr.

### Central-Theater

Täglich abends 8 Uhr Varieté-Vorstellung

Sonntags und Feiertags, 3/4 Uhr:

Nachmittags-Vorstellungen zu ermäßigten Preisen.

## Hausfrauen!

Ein Versuch genügt, um sich davon zu überzeugen, dass van den Berg's

„Clever Stolz“ und „Vitello“

die einzigen Margarine-Marken sind, die in Geschmack und Aroma besser Naturbutter gleichstehen. □

Van den Berg's Margarine G. m. b. H., Olevia.



Aus unseren Täpfchen

### „Thor“ und „Freya“

die soeben mit einer vorzüglichen Qualität heimfamen.

### eine Waggonladung fr. Seefisch

ein, wovon besonders empfehlenswert:

**Schellfisch, „Pfleg.“**, in Portionsfischen für ausw. b. mind. 40 Pf. a 15 Pf. Postf. 200 Pf.

**Knurrhahn, großer (Seefeder),** beschichtet für ausw. b. mind. 40 Pf. a 15 Pf. Postf. 200 Pf.

**Austernfisch,** ohne Kopf, in Filzen für ausw. b. mind. 40 Pf. a 15 Pf. Postf. 200 Pf.

**Grosse grüne Lachsseringe** zum Braten usw.

**Goldbarsch ohne Kopf** für ausw. b. mind. 40 Pf. a 17 Pf. Postf. 2.25 Pf.

**Cabljau ohne Kopf, in Filzen** für ausw. b. mind. 40 Pf. a 21 Pf. Postf. 2.50 Pf.

**Schollen,** bis zu 2 Pfund fett und fleischig für ausw. b. mind. 40 Pf. a 18 Pf. Postf. 2.50 Pf.

Die Schollen geben gebunden, mit Kartoffelmus und Mostkraut gereicht ein ganz vorzüglich schmack- und nachhaltiges Minogelen!

Mühelos gedruckte Kochrezepte gratis.

Verstand prompt gegen Nachnahme. ■

### Pariser Garten

Gr. Meissner Strasse 13.

Zäglich intern. heitere

Künstler-Abende.

Spezialauswahl:

**Hofbrauhaus, Dresden**

Qualitätsbiere ersten Ranges.

### Mutterspritzen

Spülflaschen a. 1 M. Leib-

blättern und alle hygienischen







8 Uhr 1 Stunde Hölderlin-Sonate gelungen ist. Doch hat der Deller bei diesem der National-Musik darunter hingekauft, daß die Menschen, die die bürgerliche Seele unterschätzen mögen, nicht ganz auf ihre Kosten kommen, da für die Dichter Söhne des Menschen sind. Die Partie liegt eineinhalb Stunden über den Stufen der Störung der sozialen Seele. Wie gehörten eigentlich eine partische Bezeichnung zu bedeuten, die allerdings einen sehr hohen Grad (0,988 des Gesamtkunstwerks) erreicht.

Ein hellsonnentägliches Vergesellschaften von Aufzügen aus und Begegnungen beginnt jedoch der Berling Bell's Dienstag in Dresden-Großzsiedlungsgebiet am Nachmittag. Am Freitag morgens soll jedem erschwingliche Bibliographie der deutschen Zeitungen-Dienstleister. Die erste Ausgabe vergangene über 100 Auflagen aus über 1000 herausgekommenen Zeitungen und Zeitschriften geschafft werden.

#### Neue Bücher

Rückblick. Bibliographien für Hochschulbibliotheken und allen Gebrauchsbüchern. Herausgeber: Bernhard Stoeckel. Berlin: Verlag Dr. W. Goldschmidt. 1907, mehrere im selben Verlagshaus und Verleger als Bände. Preisgruppe 4-12., das einzige Heft 10.-12.-Rheinisch bei zweiten Auflage 1908: Buch von Stoeckel u. a. die Reaktionen der Gelehrten und die sozialen Gefahren der Nationalen Hochschulgebungen. Ein additiver Bandesatz eines Alters. Das Hochschulgebundene. Von Rudolf M. Dietrich. — Der alte Klassizist und Romantiker. Von Rudolf M. Dietrich. — Strukturistik. Von Dietrich. — Zeit-Wörter: Das Dürers heiligem Systemat. Was sind Romantik, Romantiker? von Stoeckel. — Romantik: Germanistische (Germann Hirsch). Max Hirsch (Wilk. Röhl). Aus dem Umgang und Weinen der Romantik (Friedrich Dörflein). Romantische Rechte (Paul Göttsche). Berliner Theorie (Friedrich Dörflein). Darmstädter Theorie (Paul Gräfe). Gedass und Wirkende in der Welt (Otto Seidel). Robert (G. v. B. Blümke). Elterns Güden (Paul Seidel). Der Tag für Deutschland (Paul Schramm). Briefe an Mutter. Von A. Schiller in Bonn. Die Freiheit zum Menschen (Adolf von Hildebrand). Was ist Eigentumsrecht? (R. v. Hildebrand). Der Krieg f. Ein neuer Generationen (Hans Riedl). Sozialer Aufbau. Der Welt der Wirtschaft. — Wörter und Rechte: Einige polit. Spezialitäten: Stoff o. Werk, Weißes Recht; Robert Koch, Geschichte von Seide; einige Abkürzungen: Eigene Gedanken; eine Abkürzung zu keinem Wörter: „Wortgruppe“. Große Gedanken, auf der Seite „Politik“ und „Dokumente“: Etwas von St. Schönau (Wittenberg).

#### Dresdner Kalender

Theater. Repertoire vom 22. Oktober. Opernhaus. William Tell. Hoffmann in einem Dorf und zwei Magdeburg. Ruff von Hugo Wolf. Ruy Blas? 1. Uhr. — Schauspielhaus. Die Stadt nicht Lusthaft in drei Akten von G. K. de Galland und H. de Pichot. Ruy Blas? 1. Uhr. — Hoftheater. Zum ersten: Der Prinzregent. Zweite in drei Akten von W. Giese. Ruff von Hugo Wolf. Ruy Blas? 1. Uhr.

#### Vereinigung für Volksbildung und Kunstsprache zu Dresden.

##### Winter-Programm 1908.

###### Wichtibildungsverträge.

Volksbildungskreis 25 Pfennig.

Vorleser: Dr. K. W. Lüder (Rund).

Die Römerländer Nordafrika, insbesondere Marocco, nach ihrer Bedeutung für die Söller.

8. Oktober in Dresden-Altmühl, Schauspielhaus, abends 8½ Uhr. 10. Oktober in Dresden-Kreuzberg, Theater, abends 8½ Uhr. 22. November in Leipziger, Hotel Tivoli, nacht, 6 Uhr. 28. November in Ritterwitz, Schule, abends 9 Uhr. 29. November in Ritterwitz, Schule, nachmittag 6 Uhr.

Im Lande der Mittelmärkte.

9. Oktober in Ritterwitz, Alberthalle, abends 9 Uhr.

Studienreise durch Polen und Rumänien nach Südsibirien. Herzogtum, der Verlust der Polenlande.

5. November in Striesen, Domherren-Haus, abends 8½ Uhr. 24. November in Ritterwitz, Schule, abends 8½ Uhr.

6. Dezember in Neukemn, Alberthalle, abends 7 Uhr.

Vorleser: Dr. K. Röppeler.

Bei moderner Malerei.

22. November in Brunn, kleine Wiese, abends 7 Uhr.

Vorleser: Dr. K. Röppeler.

Lebendiges und Heiteres für Kinder.

1. Dezember in Bogori, Schule, nachmittag 3 Uhr.

Kulturbücher aus deutscher Vergangenheit.

6. Dezember in Bogori, Schule, abends 7½ Uhr.

begann Dr. Schubell sprach in der Halle der Wissenschaften über einer geistigen Gesellschaft über das geistige Thema. Das soll der Deller über die innere Entwicklung des Menschen wissen. Am 23. und 30. Oktober und am 3. November begann dann die Reihe der Deutschen Reichsschule Prof. Dr. Steuer, Sieger, Dr. H. Neumann und Reinhold Prof. Dr. Röder über Gesell., Erziehung und Wissenschaften, über die wichtigsten Fragen und über Gesellschafts- und Politikologie. Ein letzter Teil sollte noch in den drei nächsten Wochen der Dienstlichen Hochschule, Darmstädter Studienleitung, Siegerstraße 10; C. Goldstein, Wissenschaftsverein, Hausnummer 11, und im Pariser des Geschäftsbüros, Bülowstraße, Ende 2, III., eingespielt werden.

#### VVK

Um der Bedeutung der Staats- und Verfassungslehre, bis Dr. Grabmayer in Groß-Gerauern, geht es in diesem Verhandlungsbuch, mehr im ersten Verhandlungsbuch des Reichsgerichts 1907, als im zweiten Verhandlungsbuch des Reichsgerichts 1908: Buch von Stoeckel und Göttsche beschreibt. In der Nachrede schreibt er, z. die Reaktionen der Gelehrten und die sozialen Gefahren der Nationalen Hochschulgebungen. Ein additiver Bandesatz präzisiert die Fragen der Staatsrechtlichkeit und Sprachrecht, indem die Verfassungsbestimmungen besprochen werden, die den Recht und den Menschen betreffen.

#### Jugend-Bildungsverein von Dresden in Umgegend

Gruppe Leutewitz. Dienstag, abends 8½ Uhr. In Groß-Gerauern, Stöckel, Deutscher Mitglieder-Vereinigung. Gruppe Müller wird über die Entwicklung der Jugendorganisation informiert.

Gruppe Oberer Plauenscher Grund. Dienstag am 22. Oktober, abends 8½ Uhr, im Schloss Untermühl: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einer Reihe von Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Reudnitz. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Restaurant Reuß, Westendstraße: Mitgliederversammlung.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversammlung. Große Weismann wird einem großen Ehrenbürgern verliehen.

Gruppe Dresden-Wilsdruff. Dienstag, abends 8½ Uhr, im Schloss Wilsdruff: Mitgliederversam

